

## Niederschrift

### zur 16. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 01.07.2015	18.30 - Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse , Stephan Wende Vertretung für Frau Käthe Radom,

##### CDU-Fraktion

Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe ab 18.38 Uhr, Matthias Rudolph ,

##### SPD-Fraktion

Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe ,

##### Gäste

Herr Weber, 7 interessierte Einwohner/innen

#### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom entschuldigt,

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 16. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

## **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 12 Hauptauschussmitglieder (ab 18.08 Uhr 13 und damit vollzählig) und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Auf die Frage des Abg. Rudolph, warum die DS-Nr. 6/131 Baubeschluss Neubau Bürogebäude Ehrenfried-Jopp-Straße nicht auf der Tagesordnung steht, verweist der Bürgermeister darauf, dass zunächst die Genehmigung der Haushaltssatzung vom LOS vorliegen muss.

Der Vorsitzende informiert, dass zum TOP 7.2. Antrag zur Deckelung der Bahnmieten für den Fürstenwalder Schwimmverein e.V. eine geänderte DS-Nr. 6/136/1 vorliegt.

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4      Bestätigung der Niederschrift vom 19.05.2015**

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 5      Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende berichtet, dass zum @see-Sommerfest kein Bus fahren wird, so dass jeder Gast seine Fahrt zum Schloss Hubertushöhe selbständig organisieren muss.

## **TOP 6      Einwohnerfragestunde**

Seitens der Gäste gibt es keine Anfragen.

## **TOP 7      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1    Wirtschaftsplan 2015; hier: Städtischer Betriebshof Fürstenwalde -      6/134                  Kommunalen Eigenbetrieb**

Der Bürgermeister erläutert kurz, dass dieser Wirtschaftsplan überschaubar und in den Ergebnissen bereits Bestandteil der städtischen Haushaltsplanung ist. Er weist darauf hin, dass in Anlage 1, Abs. 1.1 im Erfolgsplan ein Jahresgewinn von 31.000 € ausgewiesen ist.

Für die vorgesehenen Investitionen (u.a. Anschaffung verschiedener Fahrzeuge) ist ein Kredit in Höhe von rd. 161 T€ geplant. Der Eigenbetrieb kann dieses Geschäft unabhängig von der städtischen Haushaltssatzung tätigen. Allerdings muss die Wirtschaftlichkeit gegenüber der Kommunalaufsicht dargestellt werden.

Abg. Dippe merkt an, dass der Wirtschaftsplan bereits vor Beschluss des Haushalts hätte beschlossen werden müssen. Der Bürgermeister stimmt dem zu, verweist jedoch auf die bekannte personell angespannte Situation.

Anschließend beantwortet der Bürgermeister die Fragen des Abg. Rudolph (Kreditvergabe an den Städtischen Betriebshof seitens des Stadforstes, Vorfinanzierung von Investitionen in 2014 durch das Cashmanagement und Aufnahme eines DKB-Darlehens in 2015, abweichende Zinszahlungen im Tilgungs- bzw. im Erfolgsplan).

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan des Städtischen Betriebshofes – Kommunalen Eigenbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2015.

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7.2 Antrag zur Deckelung der Bahnmieten für den Fürstenwalder Schwimmverein e.V. 6/136**

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales, Sport und Gleichstellungsfragen erläutert das Votum des Fachausschusses. Der Beschlussvorschlag wurde im Fachausschuss ausgiebig diskutiert und im Ergebnis durch die Verwaltung wie nunmehr vorliegt überarbeitet.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Gleichbehandlung 10 Vereine beträfe und zu einem Einnahmeausfall von 6.000 €/Jahr führen wird.

In der anschließenden Diskussion werden Für und Wider ausführlich thematisiert. Abg. Zänker bittet im Beschlussvorschlag ... das Entgelt für die Nutzung einer Bahn im Sportbecken *des SCHWAPP* für alle ... zu ergänzen.

Abg. Dippe beantragt, die vorgeschlagene Lösung mit Blick auf die notwendige Überarbeitung der Sportentwicklungskonzeption temporär zu begrenzen und zunächst nur für 2015 zu beschließen.

Zunächst stellt der Hauptausschuss formal fest, dass die Abg. Lehmann nicht befangen ist und mit abstimmen kann. Hier verzichtet die Abg. Lehmann auf ihr Abstimmungsrecht.

Zustimmung: 6 Ja 6 Nein 1 Enthaltung

Der Antrag des Abg. Dippe wird mit 3 Ja- und 11 Gegenstimmen abgelehnt.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt das Entgelt für die Nutzung einer Bahn im Sportbecken des SCHWAPP für alle nutzenden Fürstenwalder Vereine auf 3,59 € pro Stunde zu begrenzen.

**Zustimmung Ja 11 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 7.3 Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen von öffentlichen Straßen/Wegen, Plätzen und öffentlichen kommunalen Anlagen (Sondernutzungs- und Gebührensatzung) 6/115**

Der Abg. Zänker begründet und beantragt, für die Wahlwerbung eine Ergänzung des § 1 um Abs. 4 vorzunehmen. Er soll lauten:

Auf Wahlwerbung der Parteien und der sonstigen Vorschlagsträger findet diese Satzung in einer Zeitspanne von 6 Wochen vor bis 1 Woche nach der jeweiligen Wahl keine Anwendung. Sie gilt innerhalb der genannten Frist entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung als genehmigt. Er bittet, diese Formulierung bis zur STVV durch die Verwaltung rechtlich zu prüfen.

Dem Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung zugestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die in der Anlage enthaltene Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen von öffentlichen Straßen/Wegen, Plätze und öffentlichen kommunalen Anlagen (Sondernutzungs- und Gebührensatzung) wird beschlossen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

**TOP 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Haushaltsberatung qualifizieren - Investitionsplanung und Eckwerte frühzeitig diskutieren**

Abg. Wende begründet den Antrag und führt aus, dass bereits 2012 wie von der Fraktion vorgeschlagen, ein Eckwertepapier von der Verwaltung vorgelegt wurde. In den Folgejahren wurde die Festlegung aber nicht mehr konsequent umgesetzt, so dass eine frühzeitige Beteiligung der Stadtverordneten an der Haushaltsplanung nicht gewährleistet war.

Nunmehr unternimmt die Fraktion einen erneuten Vorstoß, das Verfahren, das seinerzeit breiten Konsens fand, umzusetzen. Es soll eine frühzeitige Beteiligung der Ausschüsse und der Fraktionen stattfinden, um *gemeinsam* die Prioritäten festzulegen, partnerschaftlich und transparent die Haushaltsbedarfe und –anmeldungen zu realisieren.

Zunächst wird darüber diskutiert, wie ein Fraktionsantrag zu behandeln ist. Nach herrschender Auffassung soll er zunächst in die STVV eingebracht werden, diese verweist ihn zur Beratung an die Ausschüsse um dann, wenn notwendig, im Hauptausschuss oder in der STVV beschlossen zu werden.

Abg. Sarrach betont, dass man sich möglichst eine wiederholte ausführliche Debatte in der STVV ersparen könne, wenn die Sachdiskussion im Fachausschuss geführt wird. Bei der Einbringung soll die einbringende Fraktion bereits formulieren, in welche/m Fachausschuss/Fachausschüsse ihr Antrag beraten werden soll.

Abg. Rudolph beantragt, diese Thematik nochmals in den jeweiligen Fraktionen zu beraten und vor der STVV eine einheitliche Verfahrensweise zu verabreden.

Der Antrag wird mit 2 Ja- und 12 Gegenstimmen abgelehnt.

In der anschließenden Sachdiskussion zur Haushaltsplanung äußert Dr. Fehse Bedenken zur vorgeschlagenen Verfahrensweise. Er betont, dass die Verwaltung lt. Kommunalverfassung verpflichtet ist, den Abgeordneten einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dafür übernimmt die Verwaltungsführung auch die Verantwortung. Im Übrigen handelt es sich zunächst um einen Entwurf, der in allen Ausschüssen und Fraktionen bewertet und diskutiert wird.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärt der Abg. Wende, dass sich der Antrag nicht auf den Ergebnishaushalt bezieht. Vielmehr sind bei allen Punkten die investiven Maßnahmen und der Stellenplan gemeint.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird dahingehend geändert und abgestimmt.

**Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Gut für Fürstenwalde - Biodiversität sichern**

Der Abg. Wende berichtet über eine sehr ausführliche Diskussion im Fachausschuss für Stadtentwicklung, in deren Ergebnis (Abstimmung 6-0-4-0) der Antrag dahingehend geändert wurde, als dass der Betreff in Gut für Fürstenwalde – Vielfalt und Lebensräume von Arten sichern, geändert worden ist. In den Pkt. 3 und 4 soll die Wohnungswirtschaft *gebeten werden*.

Im Ergebnis der Sachdiskussion wird festgestellt, dass der Abg. Wende (Vors. Kreisverband des NABU) nicht befangen ist und abstimmen kann.

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

## **TOP 7.6 Antrag der BFZ-Fraktion: Überprüfung und ggf. Überarbeitung der Aufwandsentschädigungssatzung**

Die Fraktion der BFZ spricht sich für eine ergebnisoffene Überprüfung der Satzung aus und begründet den Antrag. Abg. Sarrach vertritt die Auffassung, dass dieser Antrag von der STVV in den Hauptausschuss zur Überarbeitung überwiesen werden muss. Er ist den Abgeordneten als kompletter „Ersetzungsantrag“ zur Kenntnis gegeben worden und soll heute nicht diskutiert werden. In der Diskussion über angemessene Pauschalen oder Nachweise der tatsächlichen Aufwendungen wird insbesondere über das Verfahren und eine Prüfung durch die Verwaltung gerungen.

Der Abg. Sachse stellt nach ausführlicher Debatte den weitergehenden Antrag, die Aufwandsentschädigung nicht zu ändern und weiterhin wie gehabt anzuwenden. Dieser Antrag wird mit 7 Ja- und 3 Gegenstimmen angenommen.

## **TOP 7.7 Antrag der BFZ-Fraktion: Verkaufsverhandlungen mit der bkc Energie GmbH zum Verkauf des HHKW stoppen**

Abg. Rudolph begründet den vorliegenden Antrag und schlägt u.a. vor, eine erneute Analyse unter Beachtung neuer Aspekte (Förderrichtlinie für Verbrennung naturbelassener Biomasse und energieeffiziente Maßnahmen bei Unternehmensgebäuden ...) durchzuführen. Der Abg. Wende berichtet, dass die Verwaltung im Stadtentwicklungsausschuss darüber informiert habe, dass die Verkaufsverhandlungen wie beschlossen erfolgreich beendet werden konnten. Der Bürgermeister ergänzt, dass der Übergang zum 01. Oktober 2015 unter Beachtung der bevorstehenden Heizungsperiode erfolgt.

## **TOP 7.8 Weg zu Onkel Toms Hütte**

Abg. Dippe erklärt in diesem Punkte seine Befangenheit.

Der Vorsitzende informiert über die im Stadtentwicklungsausschuss erarbeiteten Vorschläge/Beschlüsse, die teilweise bereits umgesetzt worden sind. In Pkt. 1 hieß es, die Verwaltung beauftragt ein akkreditiertes Labor, neue Untersuchungen des Baumaterials vornehmen zu lassen. Der Stadtforstdirektor, Herr Weber, berichtet, dass bei allen forstlichen Wegebaumaßnahmen das vom Lieferant ausgefertigte Zertifikat nochmals geprüft wird. Das Ergebnis der Untersuchung wird für Mitte/Ende August erwartet, so dass es zur HA-Sitzung am 26.08.2015 voraussichtlich vorliegt. Der Abg. Zänker informiert, dass der Weg kurz vor Onkel Toms Hütte in das Landschaftsschutzgebiet Müggelspree-Löcknitzer Wald und Seengebiet führt. Er zitiert, dass demnach ordnungswidrig handelt, wer u.a. ohne Genehmigung Böden verfestigt, sie versiegelt oder verunreinigt. Herr Weber informiert, dass die Forstbehörde keinen Handlungsbedarf im ordnungsrechtlichen Sinne sieht, da mit dem vorgenommenen Mineralstoffgemisch keine Versiegelung vorgenommen wurde. Natürlich, so führt er weiter aus, könne man über die Interpretation von Waldwegen diskutieren, aber auch die Fahrzeuge für die Nutzholzgewinnung müssen den Wald passieren können. Nichtsdestotrotz sind sich alle darüber einig, dass dieses Vorhaben ganz anders hätte verlaufen müssen. Nunmehr geht es aber darum, angemessen zu reagieren.

Anschließend beantwortet Herr Weber die Anfragen des Abg. Rudolph (warum Betonrecycling und kein Ziegelrecycling für den forstlichen Wegebetrieb eingesetzt wird, Beprobung vor Ort an unterschiedlichen Stellen der Wegebreite pro 500 m 34 Proben entnommen, Vororttermin nach Hinweisen durch die Untere Naturschutzbehörde).

Abg. Rudolph führt aus, dass das erneute Gutachten aus Sicht der BFZ-Fraktion irrelevant sei, weil das Material durch die Schredderung nicht mehr eindeutig zugeordnet werden kann. Es sei nicht mehr zu ermitteln, welches Material dort bereits vorhanden war und welches neu eingebracht wurde. Die Beprobung wurde nicht so durchgeführt, wie es hätte sein müssen (Prüfungsdichte und –länge sowie Rand des Weges). Nachfragen bei der Akkreditierungsstelle haben ergeben, dass für den ausführenden Gutachter keine Akkreditierung vorliegt.

Herr Weber nimmt zu den Vorwürfen Stellung und berichtet, dass bereits vor der Fräsung Proben

entnommen wurden. Abg. Koch erläutert nochmals seine Auffassung und fasst zusammen, dass u.U. außer Kosten nichts verursacht wurde. Abg. Wende würde gern erst dann weiterdiskutieren, wenn das zweite Gutachten vorliegt. Er findet es unangemessen, in welchem Ton miteinander diskutiert wird.

Die Abg. Wagner stellt den Antrag, die Diskussion zu beenden und auf weitere Ergebnisse im August zu warten.

Zustimmung: 12 Ja 1 Nein 0 Enthaltungen 1 Befangen

Abschließend weist der Abg. Sarrach darauf hin, dass der Antrag der BFZ-Fraktion eine Vorverurteilung darstellt und unzulässig ist. Er bittet die BFZ-Fraktion den Antrag zurückzuziehen und das Ergebnis der zweiten Beprobung abzuwarten und davon weitere Maßnahmen abhängig zu machen. Die BFZ-Fraktion ist nicht bereit, den Antrag zurückzunehmen, sondern verweist auf die Diskussion in der STVV.

## **TOP 8 Informationen der Verwaltung**

Herr Dr. Fehse informiert, dass sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner kein Teilnahmerecht an nichtöffentlichen Sitzung der STVV und des HA haben. Sie nehmen aber an den Ausschüssen teil, für die sie benannt wurden.

## **TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Abg. Wagner berichtet, dass im Wohngebiet Kastanienweg u.a. Hagebutten an die Grundstücksgrenzen gepflanzt und bis vor drei Jahren durch den Städtischen Betriebshof gepflegt und verschnitten wurden. Nunmehr erledigen die Anwohner das selbst, müssen die Grünabfälle aber auf eigene Kosten entsorgen.

Sie bittet eine Lösungsmöglichkeit zu prüfen.

Abg. Wagner bittet, die Parkverbotsregelung in der „Alte Petersdorfer Straße“ zu kontrollieren und durchzusetzen.

Abg. Anke spricht die Ampel an der Ampelkreuzung Steinhöfeler Chaussee an. Sie lässt sich nur manuell auf Fußgängerbetrieb umschalten. Allerdings ist die Betätigungstaste so angebracht, dass sie für Rad- oder Rollstuhlfahrer kaum erreichbar ist.

Die Verwaltung wird dem Hinweis nachgehen.

Abg. Rudolph fragt nach der Halle neben dem Jugendgästehaus

Der Bürgermeister informiert, dass sich diese im Eigentum der Stadt befindet und momentan trotz zahlreich geführter Gespräche keine Verwertungsmöglichkeiten ergeben haben, da sehr hohe Sanierungsaufwendungen notwendig sind. Auch ein oberirdischer Abriss wäre mit Kosten bis zu 250 T€ verbunden.

## **TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin

